

Dr. Christopher A. Ford ist Senior Fellow am Hudson Institute in Washington, D.C. Zuvor war er als Sonderbeauftragter der US-Regierung für nukleare Nonproliferation, als stellvertretender Staatssekretär für Rüstungskontrolle, Nonproliferation und Abrüstungsfragen und als Rechtsberater des Geheimdienstausschusses des US-Senats tätig.

TERRORBEKÄMPFUNG ALS PRIORITÄT FÜR DIE US-SICHERHEITSPOLITIK

Christopher A. Ford

In einer Rede im Januar 2010 erklärte Daniel Benjamin, Koordinator für Terrorismusbekämpfung im US-Außenministerium, jede Anti-Terror-Politik müsse sich letztlich daran messen lassen, „wie sie sich nach einem echten terroristischen Ereignis bewährt“. Als Angehöriger der Obama-Regierung bewertete Benjamin deren Arbeit relativ positiv, was nicht überrascht. Aber er räumte auch ein, dass der versuchte Anschlag durch den „Unterwäsche-Bomber“ vom 23. Dezember 2009 – von dem später noch die Rede sein wird – gezeigt hat, dass einige der wichtigsten „Voraussetzungen für ihre Arbeit nicht mehr angemessen sind“.¹

Benjamin hat sicher Recht, wenn er sagt, dass der Umgang einer Regierung mit einem „echten terroristischen Ereignis“ ein wichtiger Test für ihre Terrorismusbekämpfung ist. Allerdings dürfte die Bevölkerung größeren Wert darauf legen, wie gut die Prävention derartiger Ereignisse funktioniert. Denn schließlich ist es das Ziel von Anti-Terror-Politik, vorzubeugen anstatt nur effektiv zu reagieren. Die US-Heimatschutzministerin Janet Napolitano wurde zurecht dafür kritisiert, dass sie nach dem gescheiterten Anschlag selbstzufrieden erklärte, dass „das System funktioniert hat“.² Dies gilt umso mehr, als die US-Behörden einige Verwirrung zeigten und nicht rechtzeitig handelten – obwohl sie schon früh, vom Vater des Unterwäsche-Bombers selbst, vor dessen dschihadistischen Neigungen gewarnt worden waren. Wahrscheinlich bezog sich Napolitano auf die Tatsache, dass die Antwort

1 | <http://www.state.gov/s/ct/rls/rm/2010/135171.htm> [08.06.2010].

2 | <http://transcripts.cnn.com/TRANSCRIPTS/0912/27/sotu.01.html> [08.06.2010].

der Regierung auf den Vorfall „angemessen, korrekt und völlig reibungslos“ verlief. Das ändert aber nichts daran, dass es nicht ausreicht ist, auf Angriffe nur zu reagieren.

Dennoch wird dieses Essay nicht versuchen, die Einsatzbereitschaft der USA gegen Terroristen abzuschätzen. Stattdessen konzentriert es sich auf Fragen der Prioritätensetzung in der Terrorismusbekämpfung und darauf, welche Rolle sie in einem philosophischen oder ideologischen Rahmen spielen kann, der den Umgang mit diesem Thema definiert. Derartige Fragen der Konzeptualisierung und Priorisierung können große Bedeutung für die Effektivität der Politik haben, auch wenn die Verbindung eine indirekte ist. In jedem Fall ist es hilfreich, die allgemeine Philosophie der Anti-Terror-Politik einer Regierung zu untersuchen. Wir wollen dies anhand der Politik der Obama-Regierung tun, die jetzt seit etwa einem Jahr im Amt ist.

Der Umgang einer Regierung mit einem „echten terroristischen Ereignis“ ist ein wichtiger Test für ihre Terrorismusbekämpfung. Allerdings dürfte die Bevölkerung größeren Wert darauf legen, wie gut die Prävention derartiger Ereignisse funktioniert.

„WIR KÖNNEN UNS GLÜCKLICH SCHÄTZEN, DASS ...“

Ein altes englisches Sprichwort besagt, dass es besser ist, Glück zu haben, als gut zu sein. Und Präsident Barack Obama ist bislang auffällig vom Glück verwöhnt. Unter seiner Präsidentschaft hat es bereits zwei Fälle gegeben, in denen Terroristen es geschafft haben, Anschläge vorzubereiten, die schreckliche Folgen für die Bevölkerung der USA gehabt hätten – in beiden Fällen aber zündeten ihre Bomben nicht. Am 23. Dezember 2009 scheiterte ein Nigerianer mit Verbindungen zum al-Qaida-Terrornetzwerk im Jemen auf dem Northwest-Airlines-Flug 253 von Amsterdam nach Detroit daran, beim Landeanflug den in seiner Unterwäsche versteckten Plastiksprengstoff zur Explosion zu bringen. Am 1. Mai 2010 stellte ein aus Pakistan stammender US-Bürger, der offenbar von den pakistanischen Taliban finanziert wurde, einen Geländewagen voller Sprengstoff am berühmten New Yorker Times Square ab; jedoch funktionierten die Zünder nicht richtig, mit denen er die Explosion dieser Autobombe auslösen wollte. In beiden Fällen hätte schon ein wenig mehr technisches Geschick auf Seiten der Terroristen verheerende Folgen haben können – und beide hätten so zum ersten schwerwiegenden Terroranschlag auf die USA seit dem

11. September 2009 werden können. Ein dritter Vorfall, bei dem im November 2009 ein offenbar unter dem Einfluss eines al-Qaida-Geistlichen im Jemen stehender Major der US-Armee in der texanischen Militärbasis Fort Hood 13 Menschen tötete, scheint keine gravierenden politischen Nachwirkungen gehabt zu haben – vielleicht, weil die Zahl der Todesopfer nicht höher war, vielleicht auch, weil sich die US-Bevölkerung nach einer Reihe ähnlicher Angriffe mit Schusswaffen in Schulen, Postämtern und an anderen Orten, hinter denen banalere psychische Probleme standen, gewissermaßen daran gewöhnt hat.

Bislang also hat die Obama-Regierung definitiv Glück gehabt. Auch George W. Bush war es vergönnt, in seiner Regierungszeit keinen weiteren Anschlag zu erleben wie den vom 11. September 2001, der bekanntlich innerhalb von Minuten 3000 Menschen tötete, tiefgehende Änderungen in der Innen-Sicherheitspolitik der USA auslöste, das Land in den noch immer anhaltenden Krieg in Afghanistan stürzte und auch den Irak-Krieg mit ausgelöst hat. Die entschlossene, harte und kompromisslose Anti-Terror-Politik allerdings, die Bush einführte, um weitere Anschläge zu verhindern, al-Qaida-Terroristen rund um die Welt zu jagen und die beträchtlichen Ressourcen der USA für nationale Sicherheit zu einem weitreichenden „globalen Krieg gegen den Terror“ zu mobilisieren, sind von Obama mehrfach als übertrieben hart bezeichnet oder noch deutlicher kritisiert worden. Seine Regierung hat jede Gelegenheit genutzt, um politisch davon zu profitieren, dass sie offenbar einen weniger drastischen Ansatz verfolgt. Insbesondere vor diesem Hintergrund müssen ihre Mitglieder ausgesprochen dankbar dafür sein, dass Unfähigkeit auf Seiten der Terroristen in zwei Fällen verhindert hat, dass sich in Obamas Regierungszeit der erste echte Nachfolger der „9/11“-Anschläge ereignet hat.

Eine Strategie aber ist es nicht, und natürlich sollte Obamas Anti-Terror-Politik anhand ihrer echten Verdienste und nicht ihrer bislang günstigen Umstände beurteilt werden. Die Debatte über die Einsatzbereitschaft der USA mag in anderen Foren weitergeführt werden. Aber man kann wichtige Erkenntnisse über die Entschlossenheit der neuen Regierung in der Terrorismusbekämpfung bekommen, indem man die ihr zugrunde liegende Psychologie

betrachtet. Auf der Ebene der politischen Darstellung in der Öffentlichkeit ist die Positionierung der Obama-Regierung recht eindeutig. Ein tieferer Blick aber zeigt, dass das Herangehen der USA an die Terrorismusbekämpfung konzeptuell keineswegs einfach ist. Ein Vergleich zwischen der politischen Darstellung durch die Regierung einerseits und der Komplexität in der Entwicklung und Umsetzung von Anti-Terror-Politik im wahren Leben andererseits ist faszinierend und seinerseits komplex.

PARADIGMEN-WECHSEL

Nach dem 11. September 2001 haben die USA eine Zeitlang eine Strategie des „Kriegs“ gegen den Terror verfolgt – und scheinen das zumindest zeitweise wörtlich gemeint zu haben. Das konzeptionelle (und rechtliche) Paradigma der Kriegsführung wurde von seinem traditionellen Staat-gegen-Staat-Kontext auf das neue Umfeld von Anti-Terror-Operationen gegen nichtstaatliche Feinde übertragen. Diese hatten gegen die USA zu den Waffen gegriffen, was eine kriegerische Antwort angemessen erscheinen ließ. Unterstützt von rechtlichen Theorien passend zum Kriegsparadigma, lag dieser Ansatz sämtlichen wichtigen (und umstrittenen) Initiativen der US-Regierung nach dem 11. September 2001 zugrunde.

Die entschlossene, harte und kompromisslose Anti-Terror-Politik, die Bush einführte, ist von Obama mehrfach als übertrieben hart bezeichnet oder noch deutlicher kritisiert worden. Seine Regierung hat jede Gelegenheit genutzt, um politisch davon zu profitieren, dass sie offenbar einen weniger drastischen Ansatz verfolgt.

An anderer Stelle ist schon viel über die rechtlichen und politischen Aspekte des Vorgehens der Bush-Regierung diskutiert worden. Im aktuellen Zusammenhang muss man unabhängig von der eigenen Meinung zu diesen Fragen eines einräumen: das „Kriegsparadigma“ hat ohne Zweifel dafür gesorgt, dass die Terrorbekämpfung unter Bush zu einer wichtigen, genauer gesagt der wichtigsten Priorität der USA geworden ist. Eindeutig handelt es sich dabei nicht nur um die übliche hohle „Kriegs“-Rhetorik, mit der gerne versucht wird, durch militärische Assoziationen politische Entschlossenheit zu suggerieren – wie etwa beim lange andauernden „Krieg gegen Drogen“ der USA oder dem noch älteren „Krieg gegen Armut“. Nach dem 11. September 2001 entstand der Eindruck, dass die Terrorismusbekämpfung tatsächlich ein Krieg ist, und zwar einer, den zu verlieren sich die USA nicht leisten können.

Die Bedrohung wurde als außergewöhnlich hoch wahrgenommen, und die Regierung zeigte eine entsprechend hohe Bereitschaft, entschlossen, schnell und manchmal gnadenlos zu handeln, um weitere Katastrophen zu verhindern.

In dieser Hinsicht ist die Obama-Regierung weitaus weniger auf Terrorismusbekämpfung konzentriert als ihre Vorgängerin. Natürlich würde sie selbst niemals einräumen, dem Thema weniger Aufmerksamkeit und Aufwand zu widmen, stattdessen stellt sie ihre Anti-Terror-Politik als „intelligenter“ dar. Trotzdem ist unübersehbar, dass die fast absolute Priorität für die Terrorismusbekämpfung, die sich insbesondere in der ersten Amtszeit von Bush in der

Das konzeptionelle (und rechtliche) Paradigma der Kriegsführung wurde von seinem traditionellen Staat-gegen-Staat-Kontext auf das neue Umfeld von Anti-Terror-Operationen gegen nicht-staatliche Feinde übertragen. Diese hatten gegen die USA zu den Waffen gegriffen, was eine kriegerische Antwort angemessen erscheinen ließ.

Verwendung des „Kriegsparadigmas“ zeigte, nicht mehr existiert. Das muss kein Fehler sein, denn zum Teil ist ein solcher Wandel wahrscheinlich unvermeidlich: Auf lange Sicht war die krisengetriebene Intensität von Amerikas Fokussierung auf Terrorismusbekämpfung nach den Anschlägen vom 11. September 2001 politisch und psychologisch nicht durchhaltbar, insbesondere weil weitere

Anschläge dieser Art ausblieben (so dass ironischerweise just der Erfolg der Bush-Regierung in der Terrorismusbekämpfung zu ihrer Abwahl beigetragen haben könnte). Wenn die USA jetzt zu einer „neuen Normalität“ eines dauerhaften Kampfes gegen nichtstaatliche Feinde finden, ist es wahrscheinlich richtig, eine Anti-Terror-Politik zu definieren, die ohne zeitliche Beschränkung fortgeführt werden kann³ – und sich qualitativ sowohl vom traditionellen Krieg Staat gegen Staat unterscheidet als auch von dem hauptsächlich auf Strafverfolgung beruhenden Ansatz für Friedenszeiten. Die Anforderung einer potenziell unendlichen Fortführung mag es nötig machen, die Intensität des Kriegsparadigmas aus der Zeit direkt nach dem 11. September 2001 zurückzufahren. Zugleich aber verbietet sich eine Rückkehr zur Entspanntheit und Unaufmerksamkeit der politisch-rechtlichen Ordnung vor diesen Anschlägen.

3 | http://02e18f7.netsolhost.com/New_Paradigms_Forum/Counter-Terrorism/Entries/2009/12/16_Living_in_the_New_Normal_of_Counter-Terrorism.html [08.06.2010].

Die auf Terrorismusbekämpfung fokussierte nationale Sicherheitspolitik der USA nach dem 11. September 2001 hat die Präsidentschaft von Bush definiert – bis hin zu der Art und Weise, wie hochrangige Regierungsmitglieder auf falsche Berichte des US-Geheimdienstes über Massenvernichtungswaffen im Irak reagiert haben. Die USA waren auf Terrorismusbekämpfung in einem relativ friedlichen Umfeld eingestellt, so das Argument, bis sie an jenem schrecklichen Morgen im September vom brutalen Mord an 3.000 Menschen aus ihrer Passivität gerissen wurden – von Angreifern, die nicht einmal mit richtigen Waffen, sondern nur mit Flugzeugen operierten. Etwas Ähnliches wollte die Bush-Regierung nicht noch einmal zugelassen, vor allem nicht mit Waffenvernichtungswaffen, mit denen Terroristen noch weitaus größeren Schaden anrichten könnten. Die langfristigen, auf Abschreckung beruhenden Beziehungen zu etablierten Nuklearmächten wie Russland waren die eine Sache, Massenvernichtungswaffen in den Händen von „Schurkenstaaten“ und bösartigen nichtstaatlichen Akteuren eine ganz andere. Nach dem 11. September 2001 sollte unbedingt verhindert werden, dass Extremisten gleich welcher Couleur in die Lage kommen, einen Angriff mit Massenvernichtungswaffen zu starten. „Wir werden es den gefährlichsten Regimes und Terroristen dieser Welt nicht erlauben, uns mit den gefährlichsten Waffen der Welt zu bedrohen“, hieß es in der National Strategy to Combat Weapons of Mass Destruction aus dem Jahr 2002. Das Konzept präventiver Schläge gegen den Einsatz von Massenvernichtungswaffen, das als Rechtfertigung für den Einmarsch im Irak 2003 verwendet wurde, war insofern in gewisser Hinsicht eine logische Fortsetzung oder eine Folge der Anti-Terror-Politik nach dem 11. September 2001.

Auf lange Sicht war die krisengetriebene Intensität von Amerikas Fokussierung auf Terrorismusbekämpfung nach den Anschlägen vom 11. September 2001 politisch und psychologisch nicht durchhaltbar, insbesondere weil weitere Anschläge dieser Art ausblieben.

Die Obama-Regierung dagegen zeigt eindeutig keine Neigung, über die Notwendigkeiten der Terrorismusbekämpfung definiert zu werden, und Obama hat viel politisches Kapital in Bemühungen investiert, in dieser Hinsicht nicht mit George W. Bush gleichgestellt zu werden. Auch die neue Regierung erachtet das Verhindern von Terroranschlägen nicht als unwichtig. Aber für sie gibt es eindeutig wichtigere Prioritäten als die Terrorismusbekämpfung, zumal sie sich eine innenpolitische Agenda für Politik und

Wirtschaft vorgenommen hat. Als Folge daraus ist Terrorismusbekämpfung in der Rangliste der politischen Prioritäten in den USA merklich abgerutscht.

PLUS ÇA CHANGE ...?

Dennoch ist die Lage alles andere als einfach. Ein bislang noch relativ wenig beleuchteter Aspekt der Präsidentschaft von Obama ist das Ausmaß, in dem er noch keinen grundlegend anderen Ansatz in der Terrorismusbekämpfung eingeführt hat. Denn bei all der öffentlichen Distanzierung von den „Exzessen“ der Bush-Regierung fällt auf, wie wenig Änderungen es abgesehen vom politischen Klima in Wirklichkeit gegeben hat – vor allem im Vergleich mit der von einer gewissen Erschöpfung geprägten zweiten Amtszeit von Bush.

Tatsächlich stellt die demonstrative Distanzierung von den „Exzessen der letzten Jahre“ durch das Weiße Haus einen Sieg von Behauptungen über Substanz dar.⁴ Anders als versprochen hat die Obama-Regierung das Gefangenenlager Guantánamo Bay bislang nicht geschlossen und scheint weiterhin vorzuhaben, einige terroristische Kämpfer ohne Prozess für unbestimmte Zeit festzuhalten. Andere Terrorverdächtige sollen, wie sich herausstellte, vor Militärkommissionen verurteilt werden, die Obama im Wahlkampf wütend kritisiert und ebenfalls zu schließen versprochen hatte; die Arbeitsweise dieser Tribunale wurde seit den Tagen von Bush nur leicht abgeändert.

Anders als versprochen hat die Obama-Regierung das Gefangenenlager Guantánamo Bay bislang nicht geschlossen und scheint weiterhin vorzuhaben, einige terroristische Kämpfer ohne Prozess für unbestimmte Zeit festzuhalten.

Brutale Verhörmethoden wie das „Waterboarding“ von hochrangigen Terror-Gefangenen – eine grausame Technik, bei der Ertrinken simuliert wird – werden unter Obama nicht mehr eingesetzt. Sie waren allerdings schon unter Bush eingestellt worden. Nach

Angaben von Obamas Justizministerium sollen CIA-Angehörige für Verfehlungen bei Verhören verfolgt werden, doch dies gilt nur für Fälle, bei denen nachweislich die lockeren Richtlinien der Vorgängerregierung überschritten wurden – Waterboarding gemäß den Richtlinien scheint also keine Konsequenzen zu haben. Und ein viel bewor-

4 | <http://www.state.gov/s/ct/rls/rm/2010/135171.htm>
[08.06.2010].

bener Plan, entscheidende al-Qaida-Angehörige wie Chalid Scheich Mohammed, den Kopf hinter den Anschlägen vom 11. September 2001, vor US-Zivilgerichte zu stellen, scheint im Chaos zu enden. Laut Medienberichten hat die Obama-Regierung sogar die Vorteile von Internierungslagern außerhalb ihrer Jurisdiktion wiederentdeckt. Nachdem der Supreme Court der USA im Hinblick auf Guantánamo eine neue Rechtsprechung etabliert hat, soll die Regierung jetzt ein erweitertes Programm für die Internierung von Terroristen im afghanischen Bagram erwägen. Laut der Los Angeles Times haben Regierungsvertreter als Grund dafür zugegeben, dass „es wenige andere Orte gibt, an denen ausländische Gefangene festgehalten und verhört werden können, ohne dass sie Zugang zum US-Rechtssystem haben.“⁵

Zugleich wendet sich die Politik unter Obama zwar öffentlich gegen Internierungen, doch laut Medienberichten arbeitet die CIA weiterhin mit „Überstellungen“, bei denen ausländische Terroristen an andere Regierungen ausgeliefert werden, die eigene Vorstellungen bezüglich Verhörmethoden haben könnten. Ebenso greifen unbemannte US-Flugzeuge in Ländern wie Pakistan, Jemen und Somalia Terrorverdächtige mit Raketen und Bomben an, und zwar häufiger als unter George W. Bush. In mindestens einem Fall war der Grund für einen solchen Angriff offenbar, dass es opportuner erschien, die Person zu töten, anstatt sie gefangenzunehmen und zu verhören: Regierungsvertreter gaben gegenüber Medien an, dass der Terroristenführer Saleh Ali Saleh Nabhan unter anderem deshalb durch US-Spezialeinheiten in Somalia getötet wurde, weil „Unsicherheit darüber bestand, wo er nach einer Festnahme festgehalten werden sollte“.

Laut Medienberichten arbeitet die CIA weiterhin mit „Überstellungen“, bei denen ausländische Terroristen an andere Regierungen ausgeliefert werden. Ebenso greifen unbemannte US-Flugzeuge Terrorverdächtige mit Raketen und Bomben an, und zwar häufiger als unter George W. Bush.

Obamas Ausweitung des Programms gezielter Tötungen ist ein klarer Beleg dafür, dass sich die USA noch nicht völlig vom Denken im „Kriegsparadigma“ in der Anti-Terror-Politik gelöst haben. Wie Anti-Terror-Koordinator Benjamin vor kurzem im US-Kongress sagte, „müssen wir den Kampf gegen al-Qaida und seine Verbündeten weiterhin

5 | http://m.latimes.com/inf/infomo?view=WorldItem&feed:a=latimes_1min&feed:c=worldnews&feed:i=52851408&nopaging=1 [08.06.2010].

dort führen, wo auch immer sie Pläne schmieden und trainieren“.⁶ Interessanterweise hat die Obama-Regierung kürzlich einen US-Bürger – einen in den USA geborenen radikalen Geistlichen, der jetzt im Jemen aktiv ist – auf die CIA-Liste der internationalen Terroristen aufgenommen, den die Agentur gefangennehmen und töten darf.⁷ Angeblich ist er der erste US-Bürger, der auf die CIA-Liste genommen wurde.

Auch die weitgehende elektronische Überwachung von Terrorverdächtigen geht unter Obama weiter; die Grundlage dafür bilden gesetzliche Regelungen, die Präsident Bush in seiner zweiten Amtszeit geschaffen hat, um das Programm von Überwachungen ohne richterliche Anordnung zu legitimieren, mit dem die National Security Agency (NSA) nach dem 11. September 2001 mit seiner Erlaubnis begonnen hatte. Außerdem setzt die Obama-Regierung die lange bestehende Praxis fort, das Privileg der „Staatsgeheimnisse“ zu benutzen, um Prozesse vor Zivilgerichten zu behindern. US-Justizminister Eric Holder kündigte im Mai 2010 sogar ein Gesetz an, nach dem US-Strafverfolger Terrorverdächtige verhören dürfen, ohne dass dabei die Miranda-Regeln des Supreme Court Anwendung finden.

Auch die weitgehende elektronische Überwachung von Terrorverdächtigen geht unter Obama weiter. Außerdem setzt die Obama-Regierung die lange bestehende Praxis fort, das Privileg der „Staatsgeheimnisse“ zu benutzen, um Prozesse vor Zivilgerichten zu behindern.

Diese sehen vor, dass ein Verdächtiger über seine verfassungsgemäßen Rechte aufgeklärt werden muss und das Recht hat, die Aussage zu verweigern, wenn er keinen Rechtsbeistand hat. „Wir haben es jetzt mit internationalen Terroristen zu tun“, sagte Holder, also bräuchten die USA „etwas, das flexibler ist und das besser auf die Bedrohung, der wir gegenüberstehen, abgestimmt ist“.⁸ Insgesamt lässt sich deshalb sagen, dass die Obama-Regierung hinsichtlich konkreter Ansätze und Maßnahmen gegen den Terror eher für Kontinuität steht als für Wandel.

Diese faktische Kontinuität sagt viel über die Notwendigkeiten der „neuen Normalität“ in der Welt nach dem 11. September 2001. Doch sie passt nicht zu der Art, wie

6 | http://armedservices.house.gov/pdfs/TUTC012010/Benjamin_Testimony012010.pdf [08.06.2010].

7 | <http://articles.latimes.com/2010/apr/06/world/la-fg-yemen-cleric7-2010apr07> [08.06.2010].

8 | <http://www.nytimes.com/2010/05/10/us/politics/10holder.html> [08.06.2010].

Terrorismusbekämpfung in den USA heute politisch dargestellt wird – oder jedenfalls nicht zu der Darstellung, wie sie die Obama-Regierung gewählt hat und verteidigt, wenn sie über sich selbst und ihr Vorgehen spricht. Terrorismusbekämpfung hat für die neue Regierung eine hohe Priorität, aber sie darf offiziell nicht zu hoch angesetzt werden: Ansonsten würde Obama in eine rhetorische und politische Falle geraten, die er sich selbst gestellt hat, indem er die geschmähte Politik seines geschmähten Vorgängers fortsetzt. Einfach ausgedrückt kann Barack Obama nicht Barack Obama sein – oder jedenfalls nicht der für „Transformation“ und „Wandel“ stehende Barack Obama, als der er von der Welt gesehen werden möchte –, wenn er nicht wenigstens behauptet, eine neue und entspanntere Anti-Terror-Politik zu verfolgen als Bush.

Während also die Verhinderung von Terroranschlägen weiterhin eine substanzielle und hohe Priorität für die Obama-Regierung hat, ist es für sie ebenso entscheidend, sich nicht zu sehr auf harte Terrorismusbekämpfung zu konzentrieren. Ihr Ziel scheint zu sein, so viel wie möglich von der Terrorismusbekämpfung der Bush-Ära beizubehalten, ohne dass dies erkennbar ist und ohne dass sie politisch für den Bush-ähnlichen Stil verantwortlich gemacht werden könnte. Dies ist ein schwieriger politischer Balanceakt, insbesondere angesichts der Tatsache, dass Terroristen weiterhin versuchen, Blutvergießen in großem Maßstab auslösen: Wenn ihre Pechsträhne enden und es ihnen gelingen würde, eine ihrer Bomben zur Explosion zu bringen, würde Obamas öffentliche Anti-Bush-Positionierung eine politische Gegenreaktion geradezu herausfordern.

Terrorismusbekämpfung hat für die neue Regierung eine hohe Priorität, aber sie darf offiziell nicht zu hoch angesetzt werden: Ansonsten würde Obama in eine rhetorische und politische Falle geraten, die er sich selbst gestellt hat.

STAATLICHE FÜRSORGE UND „WERTE“ ALS TERRORBEKÄMPFUNG

Die neue Regierung besteht darauf, dass es keinen Zielkonflikt zwischen „unseren Werten“ und „unserer Sicherheit“ gibt.⁹ Hier einen Gegensatz zu sehen, so heißt es, wäre „falsch“. Das Ausmaß der stillen, beinahe heimlichen Bestätigung von großen Teilen der Anti-Terror-Politik der

9 | <http://www.state.gov/s/ct/rls/rm/2010/135171.htm>
[08.06.2010].

Bush-Regierung durch ihren Nachfolger aber legt nah, dass diese Doktrin des „falschen Gegensatzes“ selbst eine falsche ist – zumindest insofern, als die Obama-Regierung selbst dazu beigetragen hat, die auf „Sicherheit“ abzielende Politik von Bush als unvereinbar mit amerikanischen „Werten“ zu definieren. Tatsächlich tut die neue Regierung genau das, was alle US-Regierungen schon immer getan haben: sie navigiert im Spannungsfeld zwischen sich widersprechenden Werten, indem sie Kompromisse eingeht, die als von den Umständen gerechtfertigt erscheinen.

Wie die Anschläge vom 11. September 2001 in vielerlei Hinsicht gezeigt haben, kann etwas, das vorher als inakzeptabler Eingriff in bürgerliche Freiheiten galt, nach einem terroristischen Schock schnell zur weithin akzeptierten Notwendigkeit werden. Und obwohl die Obama-Regierung vielleicht Recht damit hat, dass sich Werte und Sicherheit

Tatsächlich tut die neue Regierung genau das, was alle US-Regierungen schon immer getan haben: sie navigiert im Spannungsfeld zwischen sich widersprechenden Werten, indem sie Kompromisse eingeht, die als von den Umständen gerechtfertigt erscheinen.

nicht zwingend gegenseitig ausschließen, ist dies nicht unbedingt aus den von ihr vorgebrachten Gründen der Fall. Nach ihrer Darstellung ist Handeln im Einklang mit ihrem Verständnis von amerikanischen „Werten“ identisch mit der Bewahrung der nationalen Sicherheit; so lässt sich belegen,

dass der scheinbare Gegensatz zwischen Sicherheit und Werten falsch ist. Doch selbst wenn es diesen Gegensatz nicht gibt, kann Obama sich täuschen, wenn er sagt, dass Terrorismusbekämpfung nicht die Herausforderung mit sich bringt, den richtigen Umgang mit der Spannung zwischen teils unvereinbaren Zielen zu finden. Denn in Wahrheit gehört es sicherlich zu „unseren Werten“, dass die Bürger der USA vor Massenmord im industriellen Ausmaß geschützt werden sollten.

So oder so scheint das Weiße Haus eindeutig der Ansicht zu sein, dass es seine Theorie „beweisen“ muss – die von Außenministerin Hillary Clinton formulierte Vorstellung also, dass eine „Stärkung unserer grundlegenden Werte“ ein „Gegenmittel gegen diejenigen ist, die zu Gewalt greifen“.¹⁰ Das versucht die Regierung, indem sie so viele sicht- oder zumindest scheinbare Änderungen bei

10 | <http://secretaryclinton.wordpress.com/2010/01/25/hillary-clinton-italian-foreign-minister/> [08.06.2010].

der Terrorismusbekämpfung vornimmt, dass man ihr die „Beendigung von Exzessen der vergangenen Jahre“ glaubt. Zugleich aber geht sie dabei nicht so weit, dass ihr vorgehalten werden könnte, zu einem Anschlag eingeladen oder ihn zumindest zugelassen zu haben.

Unter anderem betont die Obama-Regierung die Notwendigkeit, etwas zu definieren, was ihre Vertreter als amerikanisches Gegengewicht zur Darstellung des islamistischen Dschihad durch al-Qaida bezeichnen. Dies ist insofern keine neue Erkenntnis, als der Kampf gegen islamistischen Fanatismus ebenso ein Krieg der Ideen ist wie einer der Bomben und Gewehre. Sie stand beispielsweise auch hinter George W. Bushs ständig wiederholter Predigt, der Islam sei in Wirklichkeit „eine großartige Religion, die Frieden predigt“.¹¹ Sein Vorgehen gegen Terroristen sei „kein Kampf gegen (...) die muslimische Religion“¹², sagte Bush. Auf diese Weise nahm er die angeblich islamophile Position ein, die wahre (also axiomatisch „friedliche“) Interpretation der Lehren des Islam gegen ihre Perversion durch gewalttätige Dschihadisten zu verteidigen.

Die nationale Sicherheitspolitik der Bush-Regierung zielte darauf ab, die ideologische Anziehungskraft des radikalen Islam zu verringern. Nach dem 11. September 2001 hoffte die Bush-Regierung, dass die Ausweitung der Demokratisierung im Nahen Osten als eines der Gegenmittel gegen Extremismus dienen würde.

So zielte die nationale Sicherheitspolitik der Bush-Regierung recht offen darauf ab, die ideologische Anziehungskraft des radikalen Islam zu verringern, indem sie „einen Krieg der Ideen beginnt, um den Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu gewinnen“. „Unterstützung für gemäßigte und moderne Regierungen“ soll dabei helfen, „sicherzustellen, dass die Bedingungen und Ideologien, die Terrorismus fördern, keinen fruchtbaren Boden finden.“¹³ Nach dem 11. September 2001 hoffte die Bush-Regierung, dass die Ausweitung der Demokratisierung im Nahen Osten als eines der Gegenmittel gegen Extremismus dienen würde. Barack Obama war also nicht der erste US-Präsident, der letztlich behauptet, dass der Gegensatz zwischen Werten und Sicherheit ein falscher ist: Auf ihre Art, so hat ein

11 | <http://www.america.gov/st/diversity-english/2007/October/20071005143134esnamfuak0.9335138.html> [08.06.2010].

12 | Ebenda.

13 | <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/nsc/nss/2002/nss.pdf> [08.06.2010].

Analyst beobachtet, hat schon Bushs Formulierung eines Krieges der Ideen dazu gedient, „die Spaltung zwischen US-Idealen und US-Interessen zu beseitigen“.¹⁴

Während also das heutige Motiv der Notwendigkeit eines anti-dschihadistischen Gegenentwurfs keineswegs neu ist, ist eine Abwandlung davon zu einem zentralen Bestandteil der eigenen Darstellung der Obama-Regierung geworden. Konkret wird es zu einem wesentlichen Ziel der heutigen Terrorismusbekämpfung erklärt, weniger bedrohlich zu erscheinen, weil man davon ausgeht, dass die Unterstützung für Terrorismus im Ausland schon dadurch verringert wird, dass man eine entspanntere, weniger an Bush erinnernde Haltung zeigt.

Das umstrittene Gefangenenlager in Guantánamo zum Beispiel ist von Mitgliedern der Obama-Regierung wiederholt als „Rekrutierungswerkzeug“ für al-Qaida bezeichnet worden – eine öffentliche Peinlichkeit, die insgesamt nur Nachteile hat, weil sie das Ansehen der USA im Ausland

„Uns von unseren Werten leiten zu lassen“, sagt der Anti-Terror-Koordinator Benjamin, „ist ein wichtiger Teil effektiver Bemühungen um Terrorismusbekämpfung“.

beschädigt und das falsche und cartoonhafte Islamisten-Stereotyp eines ausbeuterischen und Muslime unterdrückenden Amerika „bestätigt“. Obama hat sogar erklärt, dass „die Existenz von Guantánamo wahrscheinlich mehr Terroristen geschaffen

hat, als dort je interniert waren“.¹⁵ Deshalb muss Guantánamo geschlossen werden – oder wir müssen zumindest betonen, dass wir es schließen wollen (ob das wirklich geschieht scheint, wie wir gesehen haben, eine andere Frage zu sein).

Den Eindruck zu erwecken, die Anti-Terror-Politik der Bush-Zeit nicht fortzusetzen, ist in der Darstellung von Obamas Regierung keinesfalls gleichbedeutend mit nachlassenden Bemühungen in der Terrorismusbekämpfung. Im Gegenteil soll eine derartige Entspannung die einzige Möglichkeit sein, dem Ziel einer echten Terrorismusbekämpfung treu zu sein. „Uns von unseren Werten leiten zu lassen“, sagt der Anti-Terror-Koordinator Benjamin, „ist ein wichtiger Teil

14 | <http://www.foreignaffairs.com/articles/64462/eva-bellin/democratization-and-its-discontents> [08.06.2010].

15 | <http://www.whitehouse.gov/blog/Security-and-Values/> [08.06.2010].

effektiver Bemühungen um Terrorismusbekämpfung“.¹⁶ Damit gibt Benjamin die Ansichten seines Chefs wieder, denn Obama hat klangvoll, wenn auch etwas vage, Ähnliches gesagt: das Achten „unserer Werte“ „bringt uns Sicherheit“, und „unsere Werte sind das wichtigste Mittel für nationale Sicherheit“.¹⁷

Ein Leitsatz wie „uns von unseren Werten leiten lassen“ ist natürlich noch keine programmatische Richtschnur für die Anti-Terror-Politik. Tatsächlich legt die stille und fast verschämte Art, wie Obamas Regierung viele Anti-Terror-Ansätze aus der Bush-Zeit übernimmt und fortführt, nahe, dass sie selbst nicht recht an ihn glaubt – oder dass sie zumindest den Anschein von Wandel aus Gründen des Wahrnehmungsmanagements höher schätzt als den Wandel selbst.

Die Hoffnung ist eindeutig, dass schon ein weniger aggressives, lächelndes Gesicht für eine Terrorismusbekämpfung, die sich in Wirklichkeit gar nicht so sehr von der aus Bush-Zeiten unterscheidet, al-Qaida und anderen derartigen Terrorgruppen die Arbeit deutlich erschwert. Das ist möglich, aber längst nicht bewiesen, und es gibt einige Gründe, skeptisch zu sein. So ist nicht klar, ob die muslimische Welt die aktuelle US-Politik wirklich als hinreichend anders ansieht – was sie ja, wie man argumentieren könnte, tatsächlich nicht ist. Diese empirische Frage müssten Sozialwissenschaftler, Umfragen und Geheimdienst-Analysten zu klären helfen. Doch selbst wenn der Eindruck von weitgehendem Wandel entstanden sein sollte, ist es bisher eher eine Annahme als eine bewiesene Tatsache, dass eine auf „unseren Werten“ basierende Kampagne der Öffentlichkeitsarbeit den islamischen Extremismus schwächt und die Rekrutierung neuer Terroristen erschwert.

Derzeit wächst in den USA die Sorge darüber, dass es al-Qaida und verwandten Gruppen anscheinend zunehmend gelingt, im Westen sozialisierten Terror-Nachwuchs zu rekrutieren. Wir sollten uns nicht allzu sehr darauf verlassen, dass eine bessere politische Atmosphäre die Anziehungskraft der Radikalen verringert.

Derzeit wächst in den USA die Sorge darüber, dass es al-Qaida und verwandten Gruppen anscheinend zunehmend gelingt, im Westen sozialisierten Terror-Nachwuchs

16 | <http://www.state.gov/s/ct/rls/rm/2010/135171.htm> [08.06.2010].

17 | http://voices.washingtonpost.com/44/2009/05/21/obama_on_national_security_and.html [08.06.2010].

zu rekrutieren. Dies legt nahe, dass wir uns nicht allzu sehr darauf verlassen sollten, dass eine bessere politische Atmosphäre oder eine Betonung „amerikanischer Werten“ die Anziehungskraft der Radikalen verringern. Wenn es irgendwo auf der Welt Muslime gibt, die den Gegenentwurf von politischer und wirtschaftlicher Freiheit verstehen müssten, den der Westen dschihadistischer Brutalität entgegensetzen hat, sind es genau die im Westen lebenden Islamisten: sie kennen Amerika ausgesprochen gut, denn sie sind ja ein Teil davon. Aber wenn schon „Jihad Jane“ (mit echtem Namen Colleen LaRose aus einem Vorort von Philadelphia) die amerikanische Darstellung nicht versteht, welchen Erfolg können wir dann erwarten, wenn wir versuchen, sie gegen Fanatismus in Wasiristan einzusetzen? Dies soll nicht als Argument gegen den Versuch verstanden werden, einen besseren antidschihadistischen Gegenentwurf auf Grundlage „unserer Werte“ zu entwickeln. Aber wir sollten nicht überbewerten, inwieweit ein solcher Ansatz wirklich eine Revolution in der Terrorismusbekämpfung darstellt.

Weiter argumentieren Vertreter der Obama-Regierung, dass auch Armut, schlechte Ausbildung, mangelnde Gesundheitsversorgung und nichtexistierende Sozialsysteme wichtige „lokale Triebkräfte“¹⁸ für die Radikalisierung von Terroristen rund um die Welt sind. Oft heißt es sogar, diese Probleme seien die wahren Gründe dafür, dass es überhaupt Terrorismus gibt. Wie Benjamin im März 2010 vor dem International Peace Institute sagte, muss Anti-Terror-Politik auf mehr beruhen als auf militärischer Stärke, Geheimdienstarbeit und Strafverfolgung: Sie müsse auch versuchen, „die zugrundeliegenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen abzuschaffen, die dazu beitragen, dass so viele Menschen in eine Lage kommen, in der sie den Weg der Gewalt wählen“.¹⁹

Diese „Sozialstaatstheorie des Terrorismus“ ist zu einem wichtigen Bestandteil der öffentlichen Selbstdarstellung von Obamas Team geworden. Auf diese Weise versucht die Regierung, die Dringlichkeit und Dramatik der Terrorismusbekämpfung zum Hilfsmittel auf dem Weg zum Wohlfahrtsstaat zu machen.

18 | <http://www.state.gov/s/ct/rls/rm/2010/135171.htm> [08.06.2010].

19 | <http://www.state.gov/s/ct/rls/rm/2010/137865.htm> [08.06.2010].

Diese „Sozialstaatstheorie des Terrorismus“ ist zu einem wichtigen Bestandteil der öffentlichen Selbstdarstellung von Obamas Team geworden. Auf diese Weise versucht die Regierung, die Dringlichkeit und Dramatik der Terrorismusbekämpfung – die mobilisierende Energie von Krieg – zum Hilfsmittel auf dem Weg zum Wohlfahrtsstaat zu machen, zum Marketing-Werkzeug für eine breite politische Agenda der linken Mitte, die nur zufällig eine Verbindung zum Terrorismus hat. Nach der Theorie hätten al-Qaida und verwandte Organisationen einen „schrumpfenden Rekrutierungspool“²⁰, wenn die Welt nur mehr tun würde, um Armut zu bekämpfen, für mehr Bildung zu sorgen und mehr Menschen Zugang zu Gesundheitsversorgung und staatlicher Unterstützung zu geben. Daniel Benjamin, der im vielsagenden Gegensatz zu den Anti-Terror-Koordinatoren der Bush-Regierung keinen militärischen oder CIA-Hintergrund hat, sondern als Redenschreiber für Bill Clinton zur Regierungsarbeit kam, drückt diese Idee recht einfach aus:

„Man kann nicht abstreiten, dass Menschen anfälliger für extremistische Ideologien werden, wenn Kinder keine Hoffnung auf eine Ausbildung haben, wenn junge Menschen keine Hoffnung auf einen Job haben und sich von der modernen Welt abgeschnitten fühlen, wenn Regierungen es nicht schaffen, die grundlegenden Bedürfnisse ihrer Bevölkerung zu erfüllen, und wenn Leute verzweifeln und benachteiligt sind.“²¹

Heutzutage gilt es offensichtlich als Teil der Aufgaben von Terrorismusbekämpfung – oder dessen, was die Obama-Regierung lieber als „Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus“²² bezeichnet –, dazu beizutragen, dass grundlegende menschliche Bedürfnisse erfüllt werden. „Terrorismus gedeiht, wo Menschen an den Rand gedrängt werden oder wo es einen gefühlten – oder echten – relativen Mangel gibt“²³, argumentiert Benjamin. Nach seinen

20 | <http://www.state.gov/s/ct/rls/rm/2009/133337.htm> [08.06.2010].

21 | http://www.jamestown.org/uploads/media/120909-Benjamin-Jamestown_Keynote.pdf [08.06.2010].

22 | <http://blog.newsweek.com/blogs/declassified/archive/2010/04/06/obama-s-intelligence-czar-plugs-a-new-counter-terrorism-catchphrase.aspx> [08.06.2010].

23 | http://armedservices.house.gov/pdfs/TUTC012010/Benjamin_Testimony012010.pdf [08.06.2010].

Worten müssen wir deshalb „die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen angehen, die unsere Feinde ausnutzen, um neue Unterstützer zu gewinnen. (...) Wir müssen daran arbeiten, lange bestehende Probleme zu bekämpfen, die derartige Missstände nähren“.²⁴ Recht offensichtlich stellt dies eine stillschweigende Transmutation von Terrorismusbekämpfung zu konventioneller Sozialstaatspolitik dar, wie insbesondere Benjamins Formulierung vom terrorismusfördernden „relativen Mangel“ zeigt. Terrorismusbekämpfung, so scheint er nahezulegen, verlangt nach einem Eingreifen der Regierung, um die unschönen und provozierenden Spitzen und Täler in der weltweiten Verteilung des Wohlstands auszugleichen.

EINIGE EINSCHRÄNKUNGEN

Das Argument „uns von unseren Werten leiten lassen“ passt gut zu dieser „Sozialstaatstheorie des Terrorismus“ – insbesondere wenn man davon ausgeht, dass sozialer Progressivismus zu den amerikanischen Kern-,Werten“ gehört. Doch wie beim Werte-Argument muss man auch bei der Sozialstaatstheorie erkennen, dass sie enge Grenzen hat. So ist alles andere als klar, dass Armut und andere Beschränkungen auf irgendeine direkte oder anders eindeutige Weise zu islamischem Radikalismus führen.

Das Fehlen einer klaren Kausalität in dieser Hinsicht zeigt sich unter anderem daran, dass Terrorismus nicht stark mit armen oder unterversorgten Bevölkerungen

Es ist alles andere als klar, dass Armut und andere Beschränkungen zu islamischem Radikalismus führen. Das zeigt sich unter anderem daran, dass Terrorismus nicht stark mit armen oder unterversorgten Bevölkerungen korreliert.

korreliert. Die Liste der 20 Länder mit dem niedrigsten Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf im Jahr 2007 des Magazins The Economist zum Beispiel enthält zwar Brutstätten des Terrorismus wie Afghanistan (Nummer 8) und Somalia (Nummer 13), es stehen aber auch 18 weitere Länder darauf, von denen einige in deutlich schlechterem Zustand sind als diese beiden. Und weder Afghanistan noch Somalia finden sich unter den 18 Ländern mit der schlechtesten Bewertung im „Human Development Index“ der Vereinten Nationen. Es gibt viele arme Länder, und noch viel mehr arme Menschen. Nur eine winzige Minderheit dieser Menschen aber sind

24 | http://www.jamestown.org/uploads/media/120909-Benjamin-Jamestown_Keynote.pdf [08.06.2010].

Terroristen, und das Auftreten von solchem Radikalismus ist höchst ungleich verteilt, selbst innerhalb der zu bedauernden demografischen Gruppe der Verzweifelten und Unterversorgten.

In den Rängen der derzeit bekannten gefährlichsten islamistischen Terroristen finden sich zudem auffällig wenige, die durch Armut oder Dinge wie fehlenden Zugang zu Gesundheitsversorgung, wie sie die Reform Obamas vorsieht, zum Radikalismus gekommen sind. Die Flugzeugentführer vom 11. September 2001 waren größtenteils gut ausgebildete Mittelklasse-Söhne aus „guten Familien“ in Saudi Arabien (und in einem Fall dem Jemen). Der Vater des „Unterwäsche-Bombers“ ist ein wohlhabender Banker, der erfolglose Times-Square-Attentäter scheint einen MBA-Abschluss zu haben und ist der Sohn eines Offiziers der pakistanischen Luftwaffe; der Schütze von Fort Hood war ein ausgebildeter Psychiater, der ein nach allen Maßstäben angenehmes Leben führte und als Angehöriger der Armee Anrecht hatte auf vom US-Steuerzahler finanzierte volle medizinische Versorgung und Altersbezüge.

Zwar mögen die Taliban arme Landbewohner für ihre Operationen gewinnen können, doch wenn die gefährlichsten internationalen Terroristen irgendeine Gemeinsamkeit in der sozialen Herkunft haben, dann dass sie aus dem Bürgertum oder noch höheren Schichten stammen.

Das Netzwerk al-Qaida wird bekanntlich von Osama bin Laden angeführt, einem Abkömmling einer reichen saudischen Ingenieursdynastie, der an Eliteuniversitäten Wirtschaft und Management studierte und möglicherweise einen Abschluss in Bauingenieurwesen hat. Sein Stellvertreter Ayman az-Zawahiri ist ein Mittelklasse-Chirurg aus Ägypten, dessen Vater Chemie-Professor war und dessen Mutter aus einer reichen Familie stammen soll. Der neueste Star am Dschihadisten-Himmel ist Anwar al-Awlaki; der Geistliche wird mit mehreren versuchten Anschlägen in Verbindung gebracht und ist ein gut ausgebildeter, in den USA geborener Sohn eines früheren jemenitischen Ministers. Keiner von ihnen erfüllt das Profil von jemandem, der dadurch radikalisiert wurde, dass seine Regierung in der Sozialpolitik nicht entschlossen genug gehandelt hat.

Mit anderen Worten: Zwar mögen die Taliban arme Landbewohner für ihre Operationen in Afghanistan oder Pakistan gewinnen können, doch wenn die gefährlichsten internationalen Terroristen von heute irgendeine Gemein-

samkeit in der sozialen Herkunft haben, dann dass sie aus dem Bürgertum oder noch höheren Schichten stammen. Und sie sind gebildet, fast schon weltgewandt. In jedem Fall lässt sich kaum argumentieren, dass sie das Ergebnis von Entbehrung oder sozioökonomischer Benachteiligung sind – wenn überhaupt, ist das Gegenteil der Fall.

Kenner der Französischen Revolution, des Anarchismus des 19. Jahrhunderts oder der Entstehung des europäischen Marxismus mit seinen terroristischen Abkömmlingen wird es nicht überraschen: Es gibt etwas, das manche Menschen aus diesen Kreisen bemerkenswert empfänglich macht für große Ideen – und dann der Brutalität verstörend nahebringt, die mit dem Versuch einhergeht, die Welt entsprechend ihrer Ideologie zu verändern. Tatsächlich könnte just die Vertrautheit mit dem herrschenden westlichen Gegenentwurf solche Mittelklasse-Radikalen zu einfachen Zielen dschihadistischer Rekrutierungsversuche machen, anstatt sie zu erschweren. Denn es sind ja die Früchte der wirtschaftlichen Modernisierung und die globalisierten „amerikanischen Werte“, gegen die sie rebellieren. Zumindest diese Terroristen sind anti-amerikanisch nicht aus Armut oder mangels Kontakt mit unserer „Erzählung“. Sie kennen sie ziemlich gut oder glauben das zumindest. Sie sind anti-amerikanisch, weil sie die Erzählung nicht mögen.

Ingesamt also erscheint die Dynamik des Terrorismus-Problems deutlich komplizierter und hartnäckiger, als sich durch die oberflächliche Annahme erklären lässt, eine Radikalisierung ließe sich entweder durch eine geschicktere Vermittlung von „amerikanischen Werten“ oder durch

Tatsächlich könnte just die Vertrautheit mit dem herrschenden westlichen Gegenentwurf solche Mittelklasse-Radikalen zu einfachen Zielen dschihadistischer Rekrutierungsversuche machen. Denn es sind ja die Früchte der wirtschaftlichen Modernisierung, gegen die sie rebellieren.

eine weitere Verbreitung des westlichen Wohlfahrtsstaates verhindern. Dieses Modell ist derzeit in Europa und anderswo ohnehin dabei, sich durch hohe Ausgaben selbst in die Insolvenz zu führen – nicht zuletzt in den USA unter Obama, deren laufendes Haushaltsdefizit mit 1,5 Billionen Dollar aktuell deutlich höher ist als das 750-Milliarden-Euro-Paket von Notfallkreditgarantien, das von der Europäischen Union und dem IWF geschnürt wurde, um einen Zusammenbruch der Eurozone zu verhindern. Terrorismus zu stoppen, wird sicherlich mehr erfordern als eine PR-Kampagne, die eine mehr oder weniger unveränderte

Politik mit einer Schicht freundlicher Beschwichtigung überzieht. Die Obama-Regierung mag Fortschritte dabei machen, die US-Terrorbekämpfung weniger bedrohlich erscheinen zu lassen und dies mag wichtig sein für ihre politische Selbstwahrnehmung und das diplomatische Image, das sie zuhause und im Ausland kultivieren möchte. Es ist aber eine offene Frage, welche Auswirkungen solche politischen Botschaften auf den Terrorismus haben. Bislang wissen wir nur, dass die Beschwichtigungen durch Obama Islamisten eher als Zeichen der Schwäche erscheinen könnten oder sogar – was angesichts von Obamas moralistischem Herangehen an Anti-Terror-Politik eine gewisse Ironie hat – als Mangel an Handeln aus Überzeugung.

**Bei den Operationen zur Aufstandsbe-
kämpfung in Afghanistan ist der Ver-
such, „Herzen und Hirne“ zu gewinnen,
glaubwürdig. Die aktuellen Aktivitäten
betonen, wie wichtig es ist, politisch,
wirtschaftlich und militarisch realis-
tische Alternativen zu entwickeln.**

AUFSTANDSBEKÄMPFUNG UND NUKLEARER TERRORISMUS

Bei den Operationen zur Aufstandsbe-
kämpfung in Afgha-
nistan dürfte es nicht ganz so schwierig sein, Erfolg mit
einem solchen „atmosphärischen“ Ansatz zu haben. Hier
ist der Versuch, „Herzen und Hirne“ zu gewinnen, glaub-
würdig. Die aktuellen Aktivitäten folgen dem Erfolg und
teils dem Beispiel der Bush-Regierung mit ihrer späten
Verstärkung der Truppen im Irak und betonen, wie wichtig
es ist, politisch, wirtschaftlich und militarisch realistische
Alternativen zu entwickeln, die an die Stelle einer unbe-
fristeten US-Besetzung einerseits und einer fortwährenden
Unterdrückung durch die Taliban andererseits treten
können. Allerdings liegt der Verdacht nahe, dass die poli-
tische Botschaft dahinter weniger mit Guantánamo zu
tun hat als mit einem viel lokaleren Faktor: mit Besorgnis
hinsichtlich des „Meeres“ an ländlichen Stammesange-
hörigen, in dem die Taliban-Aufständischen in klassisch
maoistischer Diktion zu „schwimmen“ versuchen und aus
dem sie neue Kämpfer anwerben wollen.

Mit Sicherheit unterstreicht die berichtete Beteiligung paki-
stanischer Taliban am Times-Square-Anschlagsversuch
den von vielen Terrorbekämpfungsexperten vorgebrachten
Punkt, dass al-Qaida und die Taliban in ihrer Arbeit
nicht voneinander zu trennen oder auch nur analytisch
auseinanderzuhalten sind – ungeachtet der Präferenz

von US-Vizepräsident Biden für ein ausschließlich auf Drohnen und Operationen von Spezialeinheiten beruhendes Vorgehen gegen Terroristen. Trotzdem scheint es wenig Anlass zu geben zu glauben, dass der Erfolg der Aufstandsbekämpfung in Afghanistan viel mit der symbolischen Anti-Terror-Politik der USA in der Zeit nach Bush zu tun hat. Helfen hier die Stabilität und die Ehrlichkeit der Karzai-Regierung und ihre Fähigkeit, die Bevölkerung vor Guerilla-Attacken zu schützen, helfen die wirtschaftlichen Möglichkeiten für die afghanische Landbevölkerung und die Wahrnehmung, dass die NATO-Kräfte sowohl Straßen bauen und Frieden bringen als auch Aufständische töten? Mit Sicherheit. Die Frage aber, ob Chalid Scheich Mohammed vor ein Zivilgericht gestellt wird oder ob die Obama-Regierung irgendjemanden in Nordvirginia wegen Waterboarding verfolgt, dürfe kaum interessieren. Ob die Aussichten der Operationen in Afghanistan dadurch beeinflusst werden, ist alles andere als klar.

Ein Gebiet im Kampf gegen den Terrorismus, auf dem die Obama-Regierung behauptet, mehr zu tun als ihre Vorgängerin, ist die spezifische Prävention von nuklearem Terrorismus. Auch für die Bush-Regierung hatte sie natürlich hohe Priorität – sie stand hinter Politik-Initiativen wie der *Global Initiative to Combat Nuclear Terrorism* mit 77 Teilnehmerstaaten und der Festlegung von neuen, rechtlich bindenden Auflagen zum Umgang mit nuklearem Material durch den UN-Sicherheitsrat. Sie sollen nichtstaatliche Akteure daran hindern, an nukleares Material zu gelangen. Die Obama-Regierung aber tut nach eigenen Angaben noch mehr.

Laut der US-Regierung hat die Gefahr eines nuklearen Angriffs seit den Tagen des Kalten Kriegs wegen terroristischer Aktivitäten sogar zugenommen. Ihr Bericht aus dem Jahr 2010 erklärt, dass nuklearer Terrorismus „heute die unmittelbarste und extremste Gefahr darstellt“.

Seit langem liegen Geheimdienst-Berichte vor, laut denen al-Qaida sich die Mittel für einen nuklearen Angriff zu verschaffen versucht – was natürlich nicht heißt, dass die unmittelbare Gefahr besteht, dass das auch gelingt. Obama hat vor diesem Hintergrund ein großangelegtes Gipfeltreffen für nukleare

Sicherheit in Washington abgehalten, auf dem die versammelten Regierungschefs weitere Versprechen zur Sicherung gefährlicher Nuklearmaterialien abgaben. Angelehnt an ein ähnliches Versprechen Obamas in seiner berühmten Prager Rede von April 2009 verpflichteten sich die Teilnehmer

darauf, dass alle kritischen nuklearen Materialien weltweit „innerhalb von vier Jahren“ gesichert werden sollen. Denn laut der US-Regierung hat die Gefahr eines nuklearen Angriffs seit den Tagen des Kalten Kriegs wegen terroristischer Aktivitäten sogar zugenommen. Ihr Bericht über die Haltung zu Atomwaffen aus dem Jahr 2010 (Nuclear Posture Review) erklärt, dass nuklearer Terrorismus „heute die unmittelbarste und extremste Gefahr darstellt“.

Noch offen aber ist, ob die US-Bemühungen wirklich gut auf diese „unmittelbarste und extremste Gefahr“ abgestimmt sind. Ein Angriff mit einem radioaktiven Sprengsatz (einer „schmutzigen Bombe“) wurde mit Absicht nicht auf die Tagesordnung des Nuklearsicherheitsgipfels genommen, obwohl er viel wahrscheinlicher ist als der Gebrauch echter Atomwaffen. Ebenso wenig wurden die Teilnehmer um finanzielle Beiträge oder die Beisteuerung von Fachwissen gebeten, um nach Jahren der Arbeit an der Sicherung von Nuklearmaterial aus der früheren Sowjetunion eine Ausweitung auf globaler Basis zu ermöglichen. Auch der Zeitraum von vier Jahren legt eine gewisse Uernsthaftigkeit nahe: In der früheren Sowjetunion waren die USA 16 Jahre lang beschäftigt, und die Arbeit soll erst zu 90 Prozent erledigt sein. Angesichts der Tatsache, dass weiterhin neues Nuklearmaterial produziert wird, das auf Dauer und ungeachtet der Umstände gesichert werden muss, sollte niemand erwarten, dass diese Bemühungen nach vier Jahren „beendet“ sein könnten – nicht einmal, wenn enorme Ressourcen dafür aufgewendet werden. Eine ehrlichere Einschätzung wäre, dass die USA oder ein anderes Land oder Organisation sich für immer oder zumindest für eine sehr lange Zeit damit beschäftigen müssten. Manche Beobachter sind deshalb besorgt, dass es der Obama-Regierung eher darum geht, große Bemühungen um die Nuklear-Agenda zu demonstrieren, statt wirklich zu versuchen, irgendetwas zu Langwieriges oder Ernstgemeintes anzugehen; solche Kritik erscheint ein wenig unfair, aber nicht völlig unangemessen.

Die Obama-Regierung hat wiederholt das Risiko nuklearen Terrors betont. Aber die hohe Priorität für die Bekämpfung von nuklearem Terrorismus ist nur abgeleitetes Mittel zu einem anderen Zweck.

Wie bei der Bekämpfung konventionellen Terrors und bei der Sozialpolitik besteht auch hier die Gefahr, dass die Bekämpfung nuklearen Terrors subtil für eine andere politische Agenda zweckentfremdet oder zu ihrer Unterstützung gezwungen wird – in diesem Fall nukleare Abrüstung. Der Gipfel zur nuklearen Sicherheit scheint Teil des Versuchs zu sein, zu zeigen, dass die Regierung „Fortschritte macht“ bei nuklearen Bedrohungen; dies ist schließlich eine Komponente – und zwar die

Die aktuelle Haltung der USA in der Anti-Terror-Politik läuft eher auf ein Spiel mit Wahrnehmungsmanagement hinaus als auf eine weitreichende Neuausrichtung; zugleich und auf ihre eigene Weise ist sie ambitioniert und von edler Gesinnung.

innenpolitisch am wenigsten umstrittene – der größeren Agenda, durch die komplette Befreiung der Welt von Atomwaffen „transformativ“ zu sein, wie es Obama zur allgemeinen Begeisterung in Prag versprochen hat. Abrüstungspolitiker wie der frühere australische Außenminister Gareth Evans zum Beispiel sagen, dass der Gipfel entscheidend dafür war, konkrete Fortschritte bei der weitreichenden Agenda zur atomaren Abrüstung zu demonstrieren: Er sprach von einem wichtigen Gebiet, „auf dem wir sofort ein paar Erfolge brauchen, wenn wir die Dynamik erhalten wollen, die Präsident Obama im vergangenen Jahr ausgelöst hat, nachdem die internationale Gemeinschaft bei Abrüstung im Jahrzehnt zuvor nur schlafgewandelt ist“.²⁵ Im Vorfeld des Gipfels hat die Obama-Regierung wiederholt das Risiko nuklearen Terrors betont. Dies mag hilfreich gewesen sein, um für politische Bewegung in Abrüstungsfragen zu sorgen. Aber wieder scheint es, als ob das vorgebliche Ziel nur ein sekundäres ist – die hohe Priorität für die Bekämpfung von nuklearem Terrorismus ist nur abgeleitetes Mittel zu einem anderen Zweck.

SCHLUSSFOLGERUNG

Wie bei der Bekämpfung konventionellen und nuklearen Terrors scheint es auch bei der Abrüstungsinitiative der Obama-Regierung nur relativ wenige wirklich neue Elemente zu geben, aber ihre Positionierung als neuartig wird intensiv betrieben. Obendrein nährt die sorgfältig kultivierte Darstellung vom Wandel weitgehende Pläne, die fundamental nichts mit Terrorismusbekämpfung zu tun haben. Während die Bush-Präsidentschaft von Terrorismus

25 | http://fmwg.prestools.org/sites/default/files/GarethEvansKeynoteAddress_0.pdf [08.06.2010].

definiert war, scheint Obama zu versuchen, Anti-Terror-Politik mittels einer Interpretation durch die Brille seiner Prioritäten neu zu definieren – seiner innenpolitischen („transformativer“ Ausbau des Sozialstaats) wie seiner außenpolitischen („transformative“ Abrüstung).

Die aktuelle Haltung der USA in der Anti-Terror-Politik ist deshalb in gewissen Maß zynisch, opportunistisch und tendenziös und läuft eher auf ein Spiel mit Wahrnehmungsmanagement hinaus als auf eine weitreichende Neuausrichtung; zugleich und auf ihre eigene Weise ist sie ambitioniert und von edler Gesinnung. Wie auch immer die unterschiedlichen Elemente in dieser eigenartigen Mischung verteilt sein mögen, noch ist längst nicht klar, wie gut die Änderungen durch die Obama-Regierung, soweit es welche gibt, tatsächlich den Kampf gegen Terror voranbringen. Solange aber die Regierung politischen Schaden durch den Anschein von „Schwäche“ gegenüber Terroristen vermeiden kann, ist die Frage der Effektivität vielleicht gar nicht entscheidend. Stattdessen könnte das eigentliche Ziel eher darin bestehen, die neue US-Regierung als etwas Frisches und Lobenswertes zu vermarkten, im Gegensatz zur Bush-Regierung. Dieser Schwung und die an Krieg erinnernden psychologischen Notwendigkeiten der Terrorismusbekämpfung sollen dann dazu genutzt werden, wichtigere Prioritäten der Politik zu unterstützen, die nicht mit Terrorismus zusammenhängen.

Terrorismusbekämpfung hat nicht aufgehört, eine hohe Priorität in der US-Politik zu haben, aber ihr politischer Kontext und ihre atmosphärischen Nuancen haben sich auf faszinierende Weise verändert.

Analytisch gesehen ist die Anti-Terror-Politik unter Obama hauptsächlich genau deshalb interessant, weil es nicht mehr echten Wandel gegeben hat, obwohl die Terrorismusbekämpfung psychologisch und emotional inzwischen weniger im Zentrum steht und die Botschaft von der Politik des Wandels stetig an Bedeutung gewinnt. Terrorismusbekämpfung hat nicht aufgehört, eine hohe Priorität in der US-Politik zu haben, aber ihr politischer Kontext und ihre atmosphärischen Nuancen haben sich auf faszinierende Weise verändert – und zwar weitaus stärker als das tatsächliche Vorgehen der USA in der Terrorbekämpfung zuhause und im Ausland.